

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
3 (1889)

14 (1.2.1889)

Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
für Politik und Unterhaltung.

Erscheint
jedem Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die viergespaltene Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

Abonnement:
Bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . 1 M. 50 Pf.
für 2 Monate . . 1 " "
für 1 Monat 50 "

Expedition: Vant-Wilhelmshaven, Adolphstraße Nr. 1.

Politische Rundschau.

Vant, 31. Januar 1889.

Berlin, 30. Januar. Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß Beanstandung der Wahl des Abgeordneten Weßky-Breslau, deren Prüfung vom Plenum des Reichstags an sie zurückverwiesen worden war.

— Eine Auslegung der Plenarberatungen des Reichstags wird voraussichtlich am kommenden Freitag für einige Wochen eintreten, bis die Kommission für das Altersversorgungsgesetz und das Genossenschaftsgesetz ihre Arbeiten beendigt hat.

— Die Reichstagswahl in Celle-Gifhorn wird in den ersten Tagen des Monats März (wahrscheinlich am 4. März) stattfinden.

— Der österreichische Kronprinz Rudolph ist gestorben.

— Es geschehen Zeichen und Wunder. Die Nummer der „Kreuz-Ztg.“, welche einen Artikel über die Veröffentlichung der Oeffentlichen Anlagengeschäfte enthielt, in welchem die Veröffentlichung der letzteren als eine Verletzung des monarchischen Geheims bezeichnet wurde, ist nachträglich beschlagnahmt. Auch fand eine Hausdurchsuchung in der Redaktion des Blattes statt. In dem Artikel „soll eine Majestätsbeleidigung enthalten sein. Der Redakteur der Kreuzzeitung“, Herr von und „wofür“ Hammerstein, hat sich als Verfasser der betreffenden Notiz bekannt. Herr v. Hammerstein als Majestätsbeleidiger auf der Anklagebank! — Ein herrliches Bild; ganz passend für die gegenwärtige Zeit.

— Wegen Erpressung ist eine Hauptkategorie der Sozialdemokratie in Berlin, der durch seine Reden in konservativ-antidemokratischen Volksversammlungen bekannte Privatlehrer Langheneke von der Strafkammer des Landgerichts I zu 6 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust verurteilt worden.

— Reiche Leute. Die „Newport World“ rechnet aus, daß das Gesamtvermögen der Familie Vanderbilt jetzt 274 000 000 Doll. = 1164 Mill. Mark betrage. Es werde an ein jährliches Einkommen von 13 800 000 Doll. = 56 864 000 Mark. Als William S. Vanderbilt von drei Jahren starb, habe er 200 000 000 Doll. = 859 Mill. Mark hinterlassen. — Das Wunderbare ist, daß die Vanderbilt das Alles durch „Entbehrung“ zusammengedrückt haben, wenn die Mancherleute mit ihrer Theorie von der Entwertung des Kapitals Recht hätten.

— Bismarcks „Jüngster“, Bill (Wilhelm), wird im Februar die bescheidene Stellung eines Regierungspräsidenten von Hannover übernehmen, obwohl er erst in dem jarten Alter von 37 Jahren ist. Bekannt ist Bismarck jun. in den Kreisen der Köche, Kellner und Hoteliers als ein umfangreicher Kenner der höheren Gastronomie. Sonst noch bekannt zu werden hat er bisher wahrscheinlich nicht — Gelegenheit genommen.

— In Berlin kursieren allerlei Gerüchte über den ungnädigen Empfang einer Universitäts-Deputation durch den Kaiser, an deren Spitze der aus dem Wadenzreit bekannte Professor Dr. Gerhardt stand, ein Empfang, der in seinem Verlauf nicht minder interessant ist, wie der Empfang der Brunnendeputation des Berliner Magistrats durch den Kaiser nach seiner Rückkehr aus Italien. Besagte Deputation beabsichtigte, dem Kaiser zu Weihnachten ihre Huldigung darzubringen. Die Herren mußten zunächst Fünftelstunde warten und zwar unglücklicherweise in einem Zimmer ohne Stühle, ehe der Kaiser Zeit hatte, sie zu empfangen. Alsdann trat dieser aus seinem Kabinett und blieb in größerer Entfernung vor den Herren stehen. In dem Augenblicke aber, wo Dr. Gerhardt das Wort nehmen wollte, fiel der Kaiser ihm mit dem Bemerkten in die Rede: „Lassen sie das, ich liebe nicht das viele Reden. Sorgen Sie nur dafür, daß unter den Studenten Zucht und fromme Sitte sich verbreitet und ich bin zufrieden.“ Hierauf verbeugte er sich und verließ das Zimmer. Die Herren waren entlassen. — Es wird berichtet, die Gesichter der Herren sollen noch etwas länger gewesen sein als jene der Berliner Kathedon-Deputation. Der Studentenschaft ist die sonst übliche Mittheilung am schwarzen Brett über den Empfang bei dem Kaiser bis heute nicht bekannt gemacht worden.

— Aus Berlin sind wieder zwei französische Berichterstatter ausgewiesen worden. Natürlich wäre durch deren Dorthreiben das deutsche Reich in Gefahr gerathen. Man scheint außer Gott doch noch einige schwächliche Menschen zu fürchten.

— Eine merkwürdige Auslegung hat die Reichskommission bezüglich der aufgewaltamen Umkehr der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung hinarbeitenden Bestrebungen der Sozialdemokratie gefunden. Sie sagt hinsichtlich der Bestrebungen

der sozialistischen Partei: „Selbst wenn die absolute Möglichkeit, die Ziele der Partei auf dem Wege der Geheggebung ins Leben zu führen, wie die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland, der Sklaverei in Brasilien durch die Geheggebung erfolgt ist, eingeräumt werden müßte, so würde doch ein solcher Akt der Geheggebung nicht ohne vorgängige gewalttätige Ueberwindung des Widerstandes der in ihrer Existenz bedrohten Gesellschaftsklassen, und nicht ohne Umkehr der bestehenden Staatsordnung zu erreichen sein.“ Das heißt doch nichts weiter, als mit nackten Worten das Recht des gewalttätigen Widerstandes der Minorität proklamieren? Ob die Reichskommission sich wohl der Konsequenzen dieses Auspruchs bewußt gewesen ist?

— Der Streit um die Futterkrippe. Die Bismarck'schen und die „Kreuzzeitungs“-Konservativen liegen sich in den Haaren wegen der jüngsten aufregenden Affäre, die ihren Ausgangspunkt in Berlin haben: Jeder der feindlichen Brüder gibt vor, Beschützer und Behüter des Königthums zu sein und für den Bestand desselben zu fürchten, natürlich wegen der Streiche des Anderen. Der Streit wäre geeignet, zu Thränen zu rühren, wenn man belagten feindlichen Brüdern nicht zu genau in die Karten sehen könnte. Es bleibt schon dabei: Die Triebfeder alles menschlichen Thuns ist der Egoismus.

— Der Streit über die Organisationsfrage wird in einigen Gewerkschaftsblättern noch immer fortgeführt und zwar theilweise mit einer Besigkeit, die, wie der „Gewerksch.“ mit Recht hervorhebt, weder in der Sache begründet ist, noch zu einer Förderung der Angelegenheit beitragen kann. Wie die Dinge einmal liegen, hängt die Frage, wie sich die Arbeiter zu ihren Lohnkämpfen am besten organisiren, durchaus nicht von den Arbeitern selbst ab, sondern davon, welchen Spielraum man der Arbeiterbewegung überhaupt an „zuständiger Stelle“ zu gewähren geneigt ist. Ob da Lohn- oder Streikkommissionen oder Vertrauensmänner eingesetzt werden, oder ob lokale Vereinigungen oder zentrale Verbände gegründet werden, das ist am Ende sehr gleichgültig. Will man die Arbeiterorganisationen verfolgen, dann findet sich gegen jede Form eine Handhabe. Vor allem aber ist es sehr mißlich, sich auf gerichtliche Erkenntnisse zu stützen. Man lese nur die Erkenntnisse der höchsten Gerichtshöfe in Bezug auf das Vereinswesen aus den verschiedenen Jahren nach und man wird ein wunderbares Bild von der „Rechtseigenthum“ auf diesem Gebiete bekommen. Wir sind indeß keineswegs der Meinung, daß die Arbeiter nicht darnach trachten sollen, in Bezug auf die Organisation auch den Mantel noch dem Wind zu drehen, d. h. denjenigen Paragraphen aus dem Wege zu gehen, die als Strafthaten gerade in der Mode sind. Aber wovon wir warnen möchten, das ist, daß sich die Vertreter der verschiedenen Organisationen über diese Angelegenheit gegenseitig erhitzen und in Streit geraten. Die Arbeiter mögen sich's gesagt sein lassen: es giebt keine Organisationsform, die keine Handhabe zu politischen oder staatsanwaltschaftlichen Angriffen böte. Was es aber nicht giebt, das braucht auch nicht gesucht zu werden. Man organisire sich deshalb so, wie man es am zweckentsprechendsten hält. Nur das Eine darf nie vergessen werden: Die Arbeiter haben gemeinsame Interessen und der Vertheidigung dieser solidarischen Interessengemeinschaft müssen alle Organisationen dienen.

— Wie so oft brühen sich die Gewervereiner Hirsch-Dunderscher Koulour mit ihren „schönen Idealen“ und „edlen Zielen“, bis sie sich als charakterlose Harmonicapöstel entpuppen, die laut Statut die denkbar freundlichsten Beziehungen zum Kapitalismus pflegen. Es fällt zwar heute kein denkender Arbeiter mehr auf die liberalen Phrasen und die gehobene Arbeiterfreundlichkeit herein, aber doch dürfte es am Plage sein, die dem modernen Arbeiter geradezu feindliche Tendenz der Gewervereine zu geißeln. Der Arbeiter, welcher dem Gewerverein beitreten will, hat seine Genehmigung zu verkaufen und abzuschwören. Er muß folgendes Schriftstück unterzeichnen:

„Ich erkläre ferner hiermit durch meine Namensunterschrift, daß ich bei meinem Eintritt in den Gewerverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder), sowie in dessen Kranken- und Begräbniskasse (eingeschriebene Hilfskasse) und Invalidentasse, von dem Inhalt der Statuten Kenntniß hatte, diesen und die Beschlüsse der Generalversammlung für mich als bindend erachte und mich denselben unterwerfe, und erkläre noch besonders, weder Mitglied noch Anhänger der Sozialdemokratie zu sein. Ich erkenne ferner an, daß eine Verlegung dieses Bekenntnisses, insbesondere auch durch Agitation gegen die Prinzipien der deutschen Gewervereine (Hirsch-

Dunder) meinerseits meinen Ausschluß aus dem Gewerverein und dessen Kranken- und Invalidentasse mit Verlust des Anspruches an das Vermögen genannter Kassen und die von mir eingezahlten Beiträge zur Folge hat.“

Welch' unwürdiges Verlangen, einem Manne die Unterschrift eines derartigen schmählichen „Bekenntnisses“ zuzumuthen. Es kann nun ein Jeder, der sich noch durch die schöne Phrasenkünstelelei betören ließ, prüfen, wohn er gehört, prüfen, ob sein Streben sich mit dem der liberalen Gewervereine verträgt. Wenn er — wie es geschieht — die Erkenntniß, daß alle Proletarier nur von dem demokratischen Sozialismus Befreiung zu erhoffen haben, mehr und mehr um sich greift — dann finden die letzten Trümmer der Gewervereine rasch wie Wober zusammen. Dem kräftigen Hauhe einer neuen Weltereue vermag der schwache Liberalismus nicht Stand zu halten.

— Mit der Wahl des Schneidemeister Kühn in Breslau (Weß) ist die Zahl der Sozialdemokraten, welche seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts schon einmal oder öfters dem Reichstag resp. dem Nord- Reichstag angehört haben oder angehören, auf 43 gestiegen. Dabei sind aber der 1867 von den Sozialdemokraten in Lemmer-Wettman gewählte E. Reinte, und der Döbbsen-Odd, der im selben Jahre ebenfalls von den sozialistisch gesinnten Arbeitern in seinem jetzigen Wahlkreis, Leipzig-Land, bereits einmal gewählt wurde, nicht mitgezählt. Von den 43 gewählten Sozialdemokraten waren resp. fünf ihrem ursprünglichen Berufe nach 5 Schriftsteller, 5 Kaufleute, 4 Zigarrenarbeiter, 3 Schuhmacher, 3 Schlosser, 2 Tischler, 2 Sattler, 2 Logger, 2 Lehrer, dann je ein Lieutenant, Referendar, Advokat, Chemiker, Baumeister, Schriftsetzer, Kupferschmied, Drechsler, Buchbinder, Bildhauer, Weber, Hutmacher, Gärtner, Zimmermann, Schneider. Von diesen 43 Männern sind bis jetzt neun gestorben: Braude, Demmler, Försterling, Geib, Kayser, Kräder, Wende, Reinders und Schweizer; jechs haben den Auswandererstab ergriffen und dem Vaterlande den Rücken gekehrt: Frischke, Hasselmann, Moteler, Wost, Reimer, Rahtsch; einer ist unheilbar erkrankt und sieben haben sich von der aktiven Theilnehmung an den Parteikämpfen mehr oder minder zurückgezogen. Die gute Hälfte der parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie ist also innerhalb der knapp 22 Jahre, seit welchen diese Partei an unseren parlamentarischen und Wahlkämpfen theilnehmend ist, außer Aktivität getreten. Man sieht, der Kampf um die Emanzipation des Proletariats ist eine sehr aufreibende Beschäftigung.

— Die Breslauer Freisinnigen behaupten, das Kartell sei bei der letzten Stichwahl gegen sie gewesen und habe theilweise für die Sozialdemokratie gestimmt. Genau das Umgekehrte ist die Wahrheit. Die Kartellbrüder haben sich zum Theil der Stimme enthalten, und der andere Theil hat für die Freisinnigen gestimmt. Dieser Versuch, die Niederlage der Deutschfreisinnigen zu beschönigen, ist um so alberner, als dies deutschfreisinnige Wahlkomitee öffentlich und offiziell um die Stimmen der Kartellbrüder gebittelt hat, während die Sozialdemokraten — z. B. Viehnacht in der letzten Wählerversammlung — ausdrücklich erklärt haben, daß sie mit den Kartellbrüdern nichts zu thun haben wollen. Die Sozialdemokraten brauchen und wollen eben keine faulen Allianzen und Kompromisse.

— In Wien ist Genosse Gottlieb (genannt Adolf) Schweinburg, ehemals Schriftsetzer in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und auch Vorstandsmittelglied des Vereins Berliner Buchdrucker (vor des Vereins Stellung unter polizeiliche Aufsicht) an der Arbeiterkrankheit (Tuberkulose) gestorben. E. war, obwohl ein Bruder des Reptilienwäters Viktor Schweinburg, Herausgeber der „Berliner Politischen Nachrichten“, stets ein treuer Genosse der „Nikolsburger in Wahren im Jahre 1858 geboren, starb er im Wiener Rudolph-Hospitale am 24. Januar.

— Ein Weibhuch ist an die Mitglieder des Reichstags zur Vertheidigung gelangt. Dasselbe bildet die Fortsetzung der bisherigen Veröffentlichungen über Masfira und enthält fast nur Berichte des Generalkonfusus Michabels über den Beginn und den Fortgang des Aufstandes längs der Küste. Die Bewegung in Dar-es-Salaam wird bemerkenswerther Weise als eine Folge der Blockade dargestellt. Der Handel, die einzige Quelle des Unterhalts für die Bevölkerung, läge vollständig darnieder, da aller Verkehr unterbrochen worden, und die arbeitlose Bevölkerung sei durch Noth zur Ernte gedrückt worden. Außerdem konstatiren die Berichte die auf den Schiffen ausgebrochenen Krankheiten; in Janjibar seien alle Lazarett überfüllt.

— Die afrikanische Vorlage wurde von der hierzu niedergelegten Kommission mit allen gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen. In der am Dienstag stattgefundenen zweiten Beratung sprachen die Abg. Eugen Richter, und Birchow gegen die Vorlage, Dechelshäuser, v. Mirbach und Windthorst für dieselbe.

Keuferungen mit der Hoffnung, daß die Regierungsvorlage mit großer Majorität angenommen werde. (Zehnter Beifall.)

Abg. v. Braun: Meine Freunde sind bereit, dem Antrag des Hrn. Windthorst auf Uebernahme der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zuzustimmen, weil hier, obgleich wir der Vorlage ihrem wesentlichen Inhalt nach zustimmen, glauben, daß die Kommission Gelegenheit bieten wird, über einzelne Fragen Aufklärung zu geben; ich denke daher nicht an Mitbilligen, die eine vollständige Gegenüberstellung erfordern, sowie über Einzelheiten der Ausführung und des Handlungsplanes zur Unterwerfung der Mitbilligen, wohl aber an manche Fragen bezüglich der Verhältnisse der dort vorhandenen Gesellschaften, besonders der afrikanischen Gesellschaft, welche besser in der Kommission als im Plenum erörtert werden können. Der Abg. Windthorst hat sich der Vorlage ausdrücklich gegenübergestellt und hat sich im Laufe seiner Rede mehrfach mehreres vorbehalten, was das Ergebnis der Kommissionsberathung hinsichtlich der Antrag sein wird. Die Vorlage zuzustimmen, ist nicht nur namentlich nach den neuesten Nachrichten aus Ostafrika, daß die Angelegenheit beschleunigt, die Kommission noch heute gewählt wird, sich konstituiert und am Montag ihre Arbeiten beginnt, so daß wir am nächsten Mittwoch zur zweiten Berathung eintreten können. Ich könnte mich demnach heute hierzu begnügen, wenn nicht die Ausführungen des Abg. Bambergers die Frage vielfach verwickeln und in ein unrichtiges Licht gestellt hätten. Die Ausführungen des Abg. Bambergers dürfen nicht unverständlich in's Land gehen. Er hat heute einen ganz andern Ten ange schlagen, viel vorlässiger und resignierter sich ausgedrückt, als der Jahren in seiner bekannten Rede über die Samoa-Angelegenheit. Damals trat er mit einem Selbstbewußtsein auf, von dem heute wenig zu merken war. Sein Tenor lautete, daß die Kolonien für Deutschland zu erwerben und festzuhalten unmöglich und verwerthlich ist. Er hat sich dabei durchaus sachlich verhalten, aber im Widerspruch mit seinen früheren Äußerungen doch einen andern Standpunkt eingenommen. Ich finde es ja ganz richtig, daß das Mitglied einer Windthorst, das einmal eine abweichende Ansicht hat, dieselbe festhält und vertritt. Er erhob seine warnende Stimme und besprach einige vorgeschlossene Mißerfolge und saluirte damit sein Gewissen. Warum ist er aber in jenen so bestimmten propheetischen Ton verfallen? als ob durch diese Vorlage als das Uebel, was jemals die Bourbonen, Napoleon III. oder die Republik über Frankreich heraufbeschworen haben, wie in geringerer Nähe kassete in Italien der Fall ist, nun auch auf unsere Häupter herabzukommen bereit. Es ist gewiß banal zu sagen, daß Herr Bambergers Rede das Bestimmteste erklärt hat, es liegt ihm fern, die deutsche Nation durch diese Vorlage und ihre Folge in irgend welche großen afrikanischen Abenteuer zu führen, jedenfalls werde er sich aber auf den Reichstag und die öffentliche Meinung in Deutschland stützen. Er hat mit Recht hervorgehoben, daß Deutschland sich auf die jüdisch-litauerische Arbeit in umfassender Weise niemals werde einlassen können, wenn es nicht ganz passu mit den andern Nationen erfolgt, besonders mit dem und befreundeten England. Namentlich wie die Blockade gemeinsam mit andern Nationen in's Leben gerufen ist, wird auch die Politik der deutschen Regierung sein, um dem Staatenhandel entgegen zu wirken, dadurch allein auch unsere Gebiete zu schützen, dadurch daß Land der Kultur zu erschließen und Deutschen ein Gewinn an dieser Kultur zu erwerben in moderner Zivilisations-Gewinn mit den andern Nationen. Windthorst hat Herr Reichsminister die unsrer Reichsregierung haben, besonders in die Leitung unrer auswärtigen Politik, die mindestens ebenso vorläufig und unsicher wie entschlossen ist, dann werden wir der möglichen Abenteuer bedacht werden. Blut und Opfer mag es kosten, die Kultur zu verbreiten, den Weltstand zu sichern und zu entwickeln und unter dem Schutze des Deutschen Reichs die Privatgesellschaften in dem Reiche ihrer Thätigkeit zu erhalten, aber das Vertrauen habe ich zu der Regierung, daß hier die Nation nicht den ersten Schritt thun soll zu Abenteuern mit unabsehbaren Folgen. (Zehnter Beifall.)

Abg. Bebel: Wenn die Vorlage es verlangt, die zwei Millionen dem Reichsminister zur beliebigen Verwendung überlassen werden, dann verleihe ich mir auch von einer Kommission zu entscheiden nicht mehr, wie es der Abg. Windthorst hat. Wenn man sich auf eine Begründung der Kolonialpolitik im Besse beugt, so ist, meiner Kenntnis nach, hierzu keine Spur vorhanden. Wenn vor 4 bis 5 Jahren eine solche noch irgendwie bestand, so steht heute das deutsche Volk föhlig bis an's Herz binan der Kolonialpolitik gegenüber. Die Motivierung der Vorlage zeigt einen deutlich wahrnehmenden Widerspruch. Wenn im Eintrage ausgeführt wird, daß die kolonialpolitischen Grundzüge von 1884/85 auch noch heute gelten, so heißt es später, daß die afrikanische Welt nicht mehr in ihrem Bestehen erhalten und ihre Aufgaben erfüllen könne, das Reich für diese Zwecke entscheiden eintreten müßte. Die afrikanische Welt ist doch nur ein kleiner Theil von Großasien, Bantien und Kaukasien, die mit dem Interesse des deutschen Volkes an sich nichts zu thun hat. Bei aller Kolonialpolitik ist doch immer die Bedeutung das höchste Gesetz und deshalb können wir ihr nicht zustimmen. Sogar in der Bearbeitung afrikanischer Länder wird sich für die dortigen Bewohner kein Wort sagen lassen. Die Sklaven werden sich dort nach einem Vertrage von Dr. Hans Meyer in Dresden in weit besserer Lage als nach europäischen und europäischen Arbeiter; sie sollen nicht weniger als zwei Feiertage haben! Wenn die Deutschen eine solche Forderung aufstellen würden, dann würde ich nicht den Steuern der Entlastung sehen, der darüber entstehen würde. Ferner ist die Arbeit der Sklaven in Afrika durchschnittlich eine geringere als die des deutschen Arbeiters. Die Geschichte aller Kolonialpolitik zeigt, daß, sobald ein Europäer in ein fremdes Land kommt, er eigene Sitten und Gebräuche einführt, und so auch unsere Arbeitsethik möglichst noch weiter ausdehnt. Ich der weiterer selbst die europäischen Unternehmen nur ein Nebenprodukt der Weltmaterie, die eine unteren Klasse anzuordnen betrachtet wird. Diese Anschauung hat sehr bei der afrikanischen Gesellschaft Platz gegriffen. Es giebt heute keine Macht in Europa, die nicht mehr oder weniger mit der Unterdrückung von Empörungen in den Kolonien zu kämpfen hat. So sind fernerlich noch in der holländischen Kammer Verhandlungen über die Zustände in den holländischen Kolonien gepflogen worden, welche zeigen, daß bei steigender Kultur in der unterdrückten Bevölkerung immer mehr die Ueberzeugung von ihrer Ausbeutung Platz greift. Auch zu den deutschen Unternehmen habe ich kein Vertrauen, daß sie sich human zeigen werden. Das wesentliche Kolonialisations- und Eroberungsmittel, die Einfuhr von Braumwein, ist darauf gerichtet, die widerständige Bevölkerung zu machen, sie durch den Genuß von Braumwein zu erweichen und so zu korumpieren. Darauf weist auch die Mittheilung des Herrn Staatsmann Bismann hin von einer Gründung einer Braumweindenks durch einen deutschen Unternehmer in Ostafrika. Wenn es sich um Verbreitung europäischer Kultur und Sittlichkeit handeln soll und um Abschaffung der Sklaverei, so müßte man zuerst die Sklaverei selbst abschaffen. Hier haben die Reichstagen, sowie die Abg. v. Hellendorff und Stöcker erklärt, daß die Sklaverei vollständig noch notwendig sei und daß man ohne Ausbeutung enormer Mittel an eine Abschaffung derselben nicht denken könne. In den Vereinigten Staaten aber ist doch die Sklaverei ohne jede Entschädigung an die Sklavenbesitzer aufgehoben, einfach, weil die Nordstaaten mit den Sklaven erworbene Sühntaten nicht inkurrieren konnten. Die Sklaverei ist in allen Zeiten die erste Form der Ausbeutung und der Unterdrückung der Menschheit durch den Menschen; mehrere Formen sind dann die verschiedenen Stufen der Menschheit, die sich das Geistesleben noch abzuwinden genügt und das Sozialsystem gilt heute als das beste Gesellschaftssystem. Zu den Voraussetzungen für eine kolonialpolitische Thätigkeit in Ostafrika gehört ebenfalls die Sklaverei, und daß diese Gesellschaft sich sozialistischen Aufgaben zuwenden wird, daran ist nicht zu denken. Wenn die Gesellschaft durch das Reich aufrecht erhalten werden soll, werden wir aus einer Verlegenheit in die andere kommen. Herr v. Bennigsen erweist in großem Patriotismus die Opfer für gering, aber solchen

Optimismus giebt sich nicht einmal die Reichsregierung hin, welche fernere Ausbeutungen nicht nicht unmöglich hält. Der Reichstag scheint aus der weiteren Fortsetzung zurückzugehen zu wollen. Ein unglücklicherer Vorfall als der französische Kolonialkrieg konnte nicht gemacht werden. Die Partei, welche in Frankreich dieses Unternehmen unterstützt hat, an ihrer Spitze Herr Ferry, hat keine Popularität verloren. Das auch das deutsche Volk in der hier gegenwärtigen Kolonialpolitik Expedition mangeln wird, hoffe ich, keinesfalls sollte man sich in Abenteuren einlassen, ohne daß eine ungewisse Aussicht auf die Bevölkerung bestirmt. Wenn wir, nachdem einmal so viel über die afrikanischen Thatsachen berichtet ist, es als ein Gebot der nationalen Ehre erachten, immer neue Mittel, eine Verklärung der Flotte, Aufstellung einer Kolonialtruppe u. s. w. zu beschließen. Gegenüber dem Ehrer des Reichstages für diese Vorlage ist die Ausführung des beiläufigen Politikers der Vorentscheid am Platze, der es als einen Anachronismus betrachtet, heute noch Kolonien zu gründen. Wie hat man sich in Deutschland überhaupt geäußert, als Frankreich in das Langjähreabenteuer hineinging, und gelang? je mehr Frankreich in Langjähre engagiert ist, um so weniger kann es uns in Europa zu schaffen machen. Zeit legt man es uns fast als Hochverrath aus, wenn wir gegen diese Vorlage stimmen. Wir haben zur praejudizialen Vorlage nicht das Vertrauen, daß sie durch ihre Erträge in Ostafrika besondere Nützlichkeiten machen wird, welche die Kräfte der Nation in wirtschaftlich humanem und höchst christlichem Sinne durchzuführen. Ein Egoismus, das Ausnahmegericht behält, das 10,000 Landeseinwohner rüchtigtlos aus den Landbegrenzen vertriebt, das den einheimischen Arbeitern die notwendige Schutzgebung verweigert und jeden persönlichen Gegner erbaumungslos niederkämpfen laßt, ein solches System löst uns kein Vertrauen ein.

Abg. v. Kardorff: Der Grund, weshalb der Abg. Bebel die Kolonialpolitik heftig bekämpft, ist, daß er sich eine Stärkung Deutschlands davon verspricht. Wir wünschen eben diese Stärkung und deshalb unterstützen wir die Kolonialpolitik. (Beifall.) Wenn der Abg. Bebel ausführt: jede Kolonialpolitik ist eigentlich zu verwerfen, dann ist derache auf selbstthätigen Interessen vorzugehen, der auf dem Schwärzen, so übertritt er den ungewissen Fortschritt, der auf dem ganzen Gebirge durch die Kolonialpolitik gemacht ist. Wenn Bebel die afrikanischen Gebiete für eine Verbreitung durch Beise der Afrika lesen, in denen er finden wird, daß gerade das Gebiet des Kaiserthums für Deutsche vollständig nutzlos ist. Der Abg. Bamberg hat gemeint, die wäre bei der gegenwärtigen Kolonialpolitik nicht geboten, infolge der weiten Entfernung. Das ist aber unter Umständen auf 24 Stunden ankommen kann, zeigt die Geschichte des Generals Gordon, zu dessen Entzug die englische Arme 24 Stunden zu spät kam. Das ist uns eben so gehen würde, wie den Franzosen in Mexiko. Ich schon deshalb nicht wahrhaftig, weil wir keine großen Armeen, wie dies Frankreich damals that, ausführen. Meine Bemerkung über das Stück Abenteuerlust, das dem Deutschen inne wohnen soll, halte ich auch jetzt noch fest; auch wenn Columbus seiner Zeit nicht als Abenteurer betrachtet? Stößt denn in dem Abg. Bamberg nicht auch ein Stück Abenteuerlust? Es ist noch besser, die deutsche Abenteuerlust in den Kolonien zur Geltung zu bringen, als im deutschen Reich, wie es der Abg. Bamberg im Jahre 1848 that. (Gehört.) Wir können und müssen die Vorlage mit gutem Gewissen annehmen, weil erens wirklich eine Ehrenfrage für die deutsche Nation an ihr hängt, da wir nicht eine Schädigung der deutschen Interessen und eine Beschimpfung der deutschen Flaggen dulden können; dann, weil es sich um einen werthvollen Beih handelt, den wir erst durch diese Expedition ganz kennen zu lernen im Stande sind, und schließlich, weil die Anti-Sklavereibewegung für Afrika nur gelöst werden kann in unseren afrikanischen Küstengebietern. Ich bitte Sie deshalb, die Vorlage mit Einstimmigkeit anzunehmen.

Abg. Simonis (Christen): Die Motive des vorliegenden Entwurfs haben mich mit großer Freude erfüllt, weil sie von einem Einverständnis der Zivilisation des Kulturlebens und christlicher Gesinnung in fernere Länder sprechen. Die Mittheilungen des Herrn Hauptmann Bismann haben ich mit großem Interesse vernommen, aber leider sollte Räuber der Welt die Wirklichkeit der Missionare in Afrika. Die meisten Missionare sind hervorgerufen aus den eifrigen Seminaren und Missionarshäusern. Mit Unrecht bezeichnet man diese Missionen in Afrika als französische, sie sind von Engländern gegründet und geleitet. Die Missionare predigen nicht allein die Wahrheiten des christlichen Glaubens, sie bringen den Regern auch die Wohlthaten der Zivilisation. Ich muß da dem Reichstagen widerrechtlich werden. Es hat sich gezeigt, daß die Anschuldigung der Kolonien vielfach ein Hindernis bildet auch vor den Regiern, sie sind nicht frei von ihrem Hindernis. Habe ich Herrn Bismann recht verstanden, so sagte er, man könne mit Rechtigkeit und Ehronung gar nichts erreichen. Womit denn sonst? Die Missionare haben es verstanden, ganz neue Dörfer zu gründen, sie haben Schulen, Hochschulen gegründet, Pflanzen angelegt und dadurch den Regern Bewunderung abgesehen. Ich kann die Regierung nur bitten, die Niederlassungen der Missionare zu schützen und zu fördern. Möge sie ihnen in den neuen Niederlassungen dieselben Freiheiten geben, deren sie sich an anderen Plätzen erfreuen. Um eins aber bitte ich besonders: daß diese eifrigen Missionare nicht verbant bleiben aus dem Reich und Elsad, daß sie mit ihren Eltern und Verwandten frei verkehren und frei nach Hause zurückkehren können. So werden sie der Christianisierung der Bevölkerung der Inseln am besten mächtig sein.

Abg. v. Auer: Ich bitte die Beschlüsse der Kommission, obgleich wir uns nicht leicht, daß wir damit eine Entscheidung von viel ärchter Tragweite treffen, als sie sich in den 2 Millionen auswirkt. Wir müssen namentlich so handeln mit Rücksicht auf das Engagement unserer deutschen Flotte.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen, deren Wahl und Konstituierung sofort nach Schluß der Sitzung erfolgen wird.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung: Montag 3 Uhr. (Stat.)

Gewerkschaftliches.

Raurer Kongress: Die Agitationskommission der Raurer Deutschlands erläßt einen Aufruf, in welchem zur Beschäftigung des 6. Raurer Kongresses, der in der Zeit vom 25. bis 28. März in Dage a. S. im Besale der Weidung stattfinden soll. Als Tagesordnung sind für den Kongress vorläufig folgende Punkte festgesetzt:

- 1) Bericht über die Raurerbewegung in Deutschland im Jahre 1888.
- 2) Die wirtschaftliche Lage der deutschen Raurer im Allgemeinen.
- 3) Agitation und Organisationen.
- 4) Die Organfrage.
- 5) Die Streikbewegung.
- 6) Die Nothwendigkeit farblicher Erhebungen über die Lohn- und Kreisverhältnisse im Raurergewerbe.

Die früheste Einberufung des Kongresses wird damit begründet, daß derlei Stellung zur Lohnbewegung im laufenden Jahre zu nehmen habe, insbesondere zur Streikfrage nehmen müße, um über die Arbeitsverhältnisse möglichst verhandeln und in unabhägigen haren Fällen genügende Unterstützung zu sichern, sowie um die Raurer beim Beginn der Saison vollständig gerüstet sein zu lassen, um dem für diese Tage von den Innungen beschätzten Hauptschlag begegnen zu können.

Die Lage der ausgeperrten Steinmeier Berlins ist einem neuerdings veröffentlichten Artikel nach noch diebe. Jeder Zugang ist fernhalten. Unternehmungen sind zu lassen an Jolech Jolech, Mecht, Melanctonprose 5.

Die Bredower Jormer eruchen fortgesetzt um Fernhaltung des Jungs, daß der Streik noch nicht zu Ende ist.

Die Jöpper Lübeck eruchen um Fernhaltung des Jungs.

Die Juchneider der mechanischen Schuhfabrik

K. Engelhardt u. Comp. in Kassel haben in Folge von späterer Zeit ihrer vorgekommen großen Behinderung von Seiten ihrer Gese die Arbeit niedergelegt und bitten den Jungs nach dem von ihnen

Die S. P. in Berlin hat am 1. März in der Sitzung der Delegierten die Arbeit niedergelegt und bitten den Jungs nach dem von ihnen

Die Kommission der ausgeperrten Jormer in Hamburg.

Köln, 31. Januar. Am oberen Ende der Restauration „Zur neuen Welt“ fand kürzlich eine gutbesuchte Versammlung der internationalen Arbeiterkongresse, der von 72 Delegierten aus 42 Städten Deutschlands befristet. Im Prinzip wurde als die zweckmäßigste Organisation die Zentralisation anerkannt, jedoch mit zweckmäßiger Organisation die Zentralisation der Verbände von einem Ausschuss abgeben und die Gründung und Förderung lokaler Organisationen empfohlen. In Resolutionen wurde ferner gegen die Beschränkung der Koalitionstheorie und gegen die Sonntagsarbeit protestiert. Sodann trat der Kongress in seinen Beschlüssen für internationale Arbeiterkongresse, für Arbeitervereinigungen, für Arbeitervereine, Arbeitsnachweise und für freie Hülfsstellen ein. Für die verschiedenen Branchen der Metallarbeiter wurde je ein Vertrauensmann gewählt, welcher die Agitation betreiben und regeln sollte. Die Versammlung drückte in einer Resolution ihre Befriedigung über die Beschlüsse des Kongresses aus und erklärte sich bereit, mit allen gesetzlichen Mitteln die Durchführung zu bringen. Zu diesem Zweck wurde eine Agitationskommission von drei Mitgliedern gewählt.

Nus Stadt und Land.

Wilhelmshaven, 31. Januar. Die uns zur Verfügung gestellte Abrechnung des Kranken-Unterstützungs-Bundes der Schneider, Verwaltungsstelle Wilhelmshaven, für das letzte Quartal 1888 weist eine Einnahme von Mark 163,95 auf, welche sich aus folgenden einzelnen Posten zusammensetzt: 1. Kassenbestand vom III. Quartal M. 45,10; 2. Beitrags M. 4; 3. Beiträge von 26 Mitgliedern M. 112,25; 4. Extraträger M. 2,50. Ausgabe: 1. Krankenunterstützung M. 43,70; 2. Vergüt. Verwaltung M. 2; 3. Arzenei M. 2,34; 4. Verwaltung M. 0,70; Gesamtausgabe M. 48,74. Von dem Ueberschuß in Höhe von 115,21 wurden 100 M. an die Hauptkasse eingezahlt und M. 15,21 am Orte behalten. Wir wollen noch erwähnen, daß in jedem Quartal des abgelaufenen Jahres M. 100 von der hiesigen Verwaltungsstelle an die Hauptkasse abgezahlt wurden, insgesamt also 400 M. Das ist ein recht erfreulicher Jahresabluß.

Idenburg, 31. Januar. Ein Biersteuer beabsichtigt die Stadtverwaltung hier einzuführen. Die direkte Besteuerung führt nach Ansicht des Stadtmagistrats zur Unzufriedenheit und wirkt außerdem ungleichmäßig. Eine Konsumtionsabgabe auf Bier aber würde auch diejenige treffen, welche sonst zur direkten Steuer nicht herangezogen werden könnten. Wir vorläufig beabsichtigt ist, soll die Abgabe von 65 Pf. betragen, also per Liter 10 Pf. Der Konsum an Bier in unserer Stadt wird auf ca. 25000 Hektoliter pro Jahr veranschlagt, was eine Einnahme von M. 16250 M. für die Stadtkasse bei Einführung der Konsumtionsabgabe ergeben würde. Rechnet man davon 1250 M. für die Kontrolle so bliebe immerhin noch ein Betrag von 15000 M. Gegen Einführung einer Konsumtionsabgabe auf Wein oder andere Verbrauchsgegenstände soll der Magistrat rechtliche Bedenken hegen (sic!) Es wird in der diesbezüglichen Vorlage, welche bereits dem Stadtrat vorgegangen ist, noch darauf hingewiesen, daß diese Art der Besteuerung es jedem ermögliche, nach seinem freien Willen zu entscheiden, wie weit er sich an der Besteuerung beteiligen wolle. — Ist die Steuer dem Ansehen nach auch nicht besonders schädlich, so ist doch klar, daß dieselbe, wie das bei fast allen indirekten Steuern der Fall ist, die ärmeren Bevölkerungsklassen, welche keinen Wein und dergl. trinken können, am stärksten belastet.

Idenburg, 29. Januar. Öffentliche Tischlervereinsammlung. Am Sonnabend, den 26. d. M. fand eine leider sehr schwach besuchte Tischlerversammlung statt; das unfruchtliche Wetter scheint viele abgehalten zu haben. Erster Punkt war die Berichtserhaltung des Kongreßdelegierten. Ein einstündiger Vortrag der der letzte der Versammlung ein anschauliches Bild von der Thätigkeit des Kongresses und erklärte sich die Versammlung demnach mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden. Es sollte abhandeln die Abrechnung vom Streikfonds erfolgen, welche wurde jedoch wegen Krankheit des Kassiers verfallen. Die Beschlüsse des Kongresses wurden einstimmig angenommen. Nach dem noch die Rekrutierung der Mitglieder zur Verwaltung des Streikfonds vorgenommen werden, kam folgender Antrag zur Berathung: Antrag des Gesamtverbandes der Tischler der Idenburg u. Idenburg. Im Frühjahr 1889 beabsichtigen die Tischler Idenburgs u. S. in eine Lohnbewegung einzutreten und nachherige Forderungen an sämtliche Tischlermeister und Fabrikanten, welche Tischlergeschäften beschäftigen, zu richten: 1. Einführung der 10ständigen Arbeitzeit; 2. Einführung eines Minimallohns von 2,75 M. pro Tag; bei Ueberstunden 5 Pf. pro Stunde Zuschlag; 3. Abschaffung der Akkordarbeit. — An Sonnabenden soll eine Stunde früher Feierabend sein. Der Antrag soll der Zentralkommission unterbreitet und nach seiner Genehmigung in die Lohnbewegung eingetretet werden, sobald die Zeit günstig ist. Zur Vorbereitung der Angelegenheit wurde eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt.

Vermischtes.

Um dem Treiben der Spiritisten in Neau Einhalt zu thun, hat der „Nat. Jtg.“ zufolge jetzt der dortige Amtsvorsteher, Herr Nietz, an den Wähler Wötcher in Neau eine Verfügung erlassen, in welcher er demselben bei einer Strafe von M. 60 unterlagt, fernerhin zu erlauben, daß in seinem Hause Experimente gemacht würden, welche mit dem in Werdar zur Aburtheilung gelangten großen Unfug in Verbindung stehen. Das Landratsamt des Juch-Belziger Kreises hat ferner die Gastwirth in Werdar und Umgegend aufgefordert, auch in ihren Lokalen keine spiritistischen Experimente zu dulden. Wie sehr übrigens die ganze Angelegenheit das Interesse weiterer Kreise erregt hat, beweist der Umstand, daß die Staatsanwaltschaft in Potsdam höheren Orts zur Verichterstattung über den Neauer Spuk aufgefordert ist.

Gänzlicher Ausverkauf.

Wegen Veränderung des Geschäfts verkaufe

sämtliche Colonialwaaren

Porzellan u. Steingut, Tabak und Cigarren,

ferner die noch vorhandenen Herren- und Knaben-Auzüge,

Unterhosen, Unterjacken, wollene Herrenwesten, Arbeits-

hosen, Herren-Wäsche, sowie einige Lampen

u. m. a. Sachen zu und unter Einkaufspreisen.

Herm. Schrapper,
Neubremen.

Ecke der Grenz- und Börtenstraße.

Zur Maskerade.

MASKEN

in großer Auswahl

empfehle

N. Müller,
Bant.

Särge



sowie

bekommt man in Wilhelmshaven bei

Rud. Albers,
Bismarckstr. 62.

Särge stets fertig!

Die besten u. billigsten

Leichenkleider

Socken sind angekommen die viel verlangten billigen/goldenen

Damen-Remontoir-Uhren,

14karätig, schon von 20 Mk. an, die sonst 40, 45, bei einigen Geschäften auch 50 Mk. kosten, in dem schnellsten, besten und billigsten Reparatur- und Konkurrenz-Geschäft Deutschlands von

C. Bobolz,
Uhrmacher und Mechaniker,
Elsass,
Marktstraße 1, Ecke Neubremen.

Geräucherten Bauch-Speck

(durchwachsen) 5 Pfund für 3 Mk. empfiehlt

E. Langer,
Neuestraße 10.

Große Auswahl in

Särge

sowie in Leichenbekleidungs-Gegenständen hält stets vorräthig

H. D. Hayungs,
Verl. Osterstraße.

Zum Mühlengarten.

Borläufige Anzeige.

Am Montag, den 4. Februar ds. J., findet die

Erste Maskerade

statt.

D. Winter Wittwe.

Empfang wieder eine neue Sendung **schwerer** Arbeitsstiefel und Herren-Schaftstiefel in schöner Waare und verkaufe dieselben zu sehr billigen Preisen. In Zug- und Schnür-Schuhen empfehle ebenfalls eine große Auswahl zu billigen Preisen.

Carl Zeeck, Belfort.

Anton Brust, Belfort.

Für Confirmanden empfehle ich

vorzügliche schwarze Cachemires,

sowie

couleurte Kleiderstoffe

in jeder Preislage.

Preise billigst. Preise billigst.

Anton Brust, Belfort.

Starke dauerhafte Stiefel

welche sich für die Landbevölkerung und Arbeiter eignen, kauft man beim **Belfort, Werkstr. 14.**

Herrn-Schaftstiefel mit Doppelsohlen 10 Mk., mit einfachen Sohlen von 8 bis 9 Mk. Herren-Jugstiefel von 8,50 bis 9,50 Mk. Herren-Jugschuhe von 6 bis 6,50 Mk. Herren-Schnürschuhe 5,50 Mk. Herren-Hauschuhe 5,00 Mk. Damen-Jugstiefel von 6-7 Mk. Damen-Jug- und Hauschuhe, starke Knabenstiefel, Mädchenknops- und Schnürstiefel, Obrenschuhe, sowie Kinderstiefel und Schuhe zu soliden Preisen.

Cigarren

schön abgelagert und sehr preiswerth en gros & en detail empfiehlt

S. H. Meyer,
Bismarckstr. 63, Neuestr. 8, Noonstr. 63, Wallstr. 24.

G. Borchers, Altestraße 13

empfehle

Schuhwaaren in allen Sorten

für Herren, Damen und Kinder zu billigen Preisen.

Ein guter, kräftiger, bürgerlicher Mittagstisch, à 50 und 75 Pf., zu haben

Grenzstraße Nr. 44, Neubremen.

Halte mein Lager in allen Arten **Böttcher - Arbeiten** als: Eimer, Waschbaljen, Fässer, bei Bedarf zu billigen Preisen bestens empfohlen. Reparaturen, sowie alle in mein Fach schlagende Arbeiten werden gut und billig ausgeführt.

A. Staub,
Böttchermeister, Verl. Osterstr. 7.

Böfel-Fleisch per Pfund 30 Pf. zu haben bei **H. Menken, Kopperhörn.**

Bringe mein Lager in **Möbeln, Spiegeln und Polsterwaaren** in gültige Erinnerung.

H. D. Hayungs,
Verl. Osterstraße.

Empfehle:

Naß- und Flaschen-Bier aus der Dampfbrauerei von Th. Bettföter in Leber, in Gebinden von 15 bis 100 Litern. Feines Lagerbier 33 Fl. 3 Mk., Pilsenerisches Gebräu 27 Fl. 3 Mk., Feines böhmisches Gebräu 30 Fl. 3 Mk.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

J. Fangmann, Bismarckstr. 59, 1 Treppe.

Habe mit dem heutigen Tage einen **Sohlen-Ausschnitt** eröffnet. — Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, die Sohlen preiswürdig zu verkaufen.

Apel, Schuhmachermeister,
Belfort, Werkstraße 14.

Freunden eines guten Humors wird das folgende Werk angenehme und heitere Stunden bereiten:

Bomben und Granaten aus gezogenen Kanonen oder:

Zhr sollt und müßt lachen!

Ein lustiger Gesellschaft für alle Welt zur Unterhaltung und Belustigung in freiblichen Kreisen, enthält. Anekdoten, Schwänze und Schurrnen aus dem Leben von Fürsten, Gelehrten, Schauspielern; nebst lustigen Vorträgen, Rätseln, Wortspielen, komischen Drollschern, Narrenheiten sowie interessanten Anekdoten und Kriegsabenteuern.

Von Fr. Reuter.
4 Bände. Elegant broschirt à 1 Mark. Zu beziehen durch die Carl'sche Buchhandlung, Wilhelmshaven, Bismarckstr. 6.

Prima Sauer-Kohl und eingemachte Bohnen empfiehlt

H. Menken,
Kopperhörn.

Bürgerverein Neubremen.

Monats-Versammlung Sonnabend, den 2. Februar, Abends 8 Uhr.

Tages-Ordnung.

1. Festung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Verschiedenes.

Um vollständiges Erscheinen bittet **Der Vorstand.**